

SEITE 3

Interview

Im Gespräch mit
Ingo Senftleben



SEITE 4

Rentenpolitik

Kein Thema
nur für Ältere



SEITE 5

Bildung

Mehr Internet,
weniger Polylux



CDU im Landtag unterstützt Volksinitiative gegen Kreisreform



© Foto: CDU-Fraktion

Ucker-Barnim, Dahme-Fläming oder Oberspreewald-Elster-Neiße? Durch Zwangsfusionen sollen aus den 14 Landkreisen und vier kreisfreien Städten neun werden. Hinzu kommt Potsdam, als dann einzige kreisfreie Stadt. Cottbus, Brandenburg/Havel und Frankfurt/Oder würden „eingekreist“: Zumindest darin ist sich die rot-rote Koalition in Potsdam einig. Welcher Landkreis nun mit wem zwangsfusionieren soll, bleibt strittig, wie so vieles in der

„Verwaltungsstrukturreform 2019“ – so die offizielle Bezeichnung der Kreisreform. Sie ist für die Regierungskoalition das wichtigste Projekt geworden. SPD und LINKE wollen die Reform um jeden Preis durchdrücken – gegen den Rat von Wissenschaftlern, gegen das Votum der Kommunen und gegen den Willen derer, die die Zwangsfusion ihrer Heimatlandkreise vor allem betrifft: die Brandenburger. > **FORTSETZUNG AUF SEITE 2**

Aber sicher!

Erschreckend hohe Zahlen von rechter und linker Gewalt. Der Anstieg von Drogenkriminalität und Einbrüchen. Weniger Polizeistreifen im Land unterwegs. Weniger Kriminalbeamte, um Straftaten aufzuklären: Die gescheiterte Polizeireform von SPD und Linke hat die Sicherheitsbehörden nahezu kaputtgespart. Und das Unsicherheitsgefühl der Brandenburger wächst.

Extremisten immer gefährlicher Panikmache oder begründete Angst? Fakt ist, dass abstrakte Gefahr schnell konkret werden kann: Amoklauf in München, in Würzburg, in Ansbach. Oder der IS-Attentäter in Sachsen. Dann der Polizistenmord durch einen sogenannten Reichsbürger. Nein, es gibt sie nicht, die absolute Sicherheit. Vor allem die politisch motivierten Gewalttaten haben deutlich zugenommen. Auch bei uns in Brandenburg: Extremisten aus dem ganz rechten und dem ganz linken Spektrum verüben immer mehr Gewaltdelikte. Zudem muss-

te jetzt der SPD-Innenminister Karl-Heinz Schröter zugeben: Die siebzig in Brandenburg bekannten islamistischen Extremisten – von denen fünfzig als gewaltbereit und zehn als „Gefährder“ gelten – binden zunehmend personelle und materielle Ressourcen der Sicherheitsbehörden.

Mehr Personal für Brandenburgs Sicherheit

Und wo bleibt die Polizei, wenn man sie mal braucht? Eine berechtigte Frage, sagt Björn Lakenmacher, der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion. „Die Polizeire-



© Arno Bachert | pixelio.de

**Die Zusammen-
arbeit von Ver-
fassungsschutz,
polizeilichem
Staatsschutz und
den Staatsanwalt-
schaften muss
gestärkt werden.**

form hat die Sicherheitsbehörden auf Diät gesetzt – und das Sicherheitsgefühl der Brandenburger blieb auf der Strecke.“ Aber Vorfeldermittlung, Observation, Schleierfahndung und andere präventive Maßnahmen benötigen viel Personal. Und das fehlt im polizeilichen Staatsschutz, Verfassungsschutz, Streifendienst und bei Sondereinsatzkommandos. Es sind nicht nur

die Mitarbeiter in Brandenburgs Sicherheitsbehörden, die für präventive Maßnahmen unbedingt gebraucht werden: Auch die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, polizeilichem Staatsschutz und den Staatsanwaltschaften muss gestärkt werden. ■

> FORTSETZUNG VON SEITE 1

Im Land der Flächenriesen

Noch wenige Tage vor der Landtagswahl 2014 haben ranghohe SPD-Politiker den Wählern versprochen, dass alle kreisfreien Städte erhalten bleiben. Lediglich eine Funktionalreform, also die Neuverteilung von Verwaltungsaufgaben zwischen Land und Kommunen sollte kommen. Heute will man im Regierungslager davon nichts mehr wissen. Die kreisfreien Städte sollen ihren Status verlieren und Landkreise auf Zwang fusionieren. Eine Funktionalreform entfällt. Verwirklicht Rot-Rot seine Großfusionspläne, dann entstünden in Brandenburg anonyme Flächenriesen, die zum Teil der doppelten Größe des Bundeslandes Saarland entsprächen. Mindestens 175.000 Einwohner soll jeder der neuen Landkreise zählen. Warum diese tiefgreifende Reform? Mit Argumenten und Zahlen kann die Regierung in Potsdam wenig bis gar nicht erklären, warum die Kreisreform notwendig sein soll. Leistungsfähigere Verwaltungen? Richtige Antwort auf den demografischen Wandel? Nein, die immer wieder gleich vorgebrachten Gründe, warum SPD und LINKE diesen strukturellen Gigantismus wollen: Sie sind nicht nachvollziehbar.

Heimat vergessen

Aus Kritik ist massive Ablehnung geworden. „Was LINKE und SPD mit der Kreisgebietsreform planen, ist verantwortungslos, selbstherrlich und heimatvergessen“, tadelt Ingo Senftleben den Potsdamer Regierungsplan. Im Landtag haben der Fraktionsvorsitzende und seine Unionskollegen alle parlamentarischen Mittel zum Stopp der Kreisreform ausgeschöpft. Mehr als 600 Millionen Euro will sich die Regierung ihr „Zuschnittsprogramm“



14 + 4 = Brandenburg So ist es und so soll es bleiben.

Wir wollen Bewährtes erhalten

Brandenburgs Verwaltungsstruktur ist heute bürgernah, leistungsfähig und ehrenamtsfreundlich. 14+4 = Brandenburg. So ist es und so soll es bleiben.

Wir wollen finanzstarke Kommunen

Statt viel Geld für eine Gebietsreform zu verschwenden wollen wir den Finanzausgleich weiterentwickeln. Eine angemessene und auskömmliche Finanzierung kann in Zukunft auch in den heutigen Strukturen gewährleistet werden.

Wir wollen kommunale Selbstverwaltung und Ehrenamt schützen

Wir brauchen auch in Zukunft überschaubare Strukturen, die bürgernahe Demokratie und Ehrenamt in den Kommunen ermöglichen und unterstützen. Die Mindesteinwohnerzahl von 5.000 hat sich in Brandenburger Gemeinden bewährt.

Das Konzept der CDU: bürgernah und zukunftsfest

Ausführliche Informationen finden Sie im Konzeptpapier „**Meine Heimat Brandenburg – Verwaltung bürgernah und zukunftsfest gestalten**“, das Sie als PDF mit dem nebenstehenden QR-Code direkt auf Ihr Handy laden können.



kosten lassen, ohne dass es dadurch einem Brandenburger besser gehen würde. Mindestens 200 Millionen

„Was LINKE und SPD mit der Kreisgebietsreform planen, ist selbstherrlich und heimatvergessen.“

davon müssten die Kommunen selbst übernehmen. Nicht nur diese Summe erklärt, warum alle Land-

räte und Oberbürgermeister das Leitbild abgelehnt haben – auch die Genossen unter ihnen haben sich in einer Anhörung im Landtag deutlich dagegen ausgesprochen. Eine repräsentative Umfrage brachte das eindeutige Ergebnis: Knapp 70 Prozent der Brandenburger sagen „Nein“ zur Kreisreform. Trotzdem beschlossen im Juli die rot-roten Regierungsfractionen mit knapper Mehrheit ihr Leitbild zur Kreisreform. Die CDU-Abgeordneten stimmten geschlossen dagegen.

www.kreisreform-stoppen.de

Im Frühjahr präsentierten Mitglieder der CDU-Fraktion in allen Landkreisen und in den kreisfreien

Städten ihr Alternativkonzept „Kooperation statt Zwangsfusion“. Darin weist die CDU nach, dass die Verwaltung so modernisiert werden kann, dass es keine Änderungen der gewachsenen Strukturen braucht. Die Abgeordneten diskutierten mit den Bürgern, sie tauschten sich aus. Und die Politiker spürten: Die Brandenburger wollen Einfluss auf diese Reform nehmen, die sich so sehr auf ihr Alltagsleben auswirken würde. Immer lauter wurde die Forderung: „Wir wollen eine Volksinitiative!“ Seit dem 1. November werden nun Unterschriften gesammelt und die CDU-Fraktion unterstützt die Volksinitiative. Zwanzigtausend Unter-

schriften werden benötigt, dann muss sich der Landtag nochmals mit der umstrittenen Reform befassen. Die Landespolitiker der CDU haben geholfen, die Gegner der Reform zusammenzubringen. Sie kommen aus allen Regionen des Landes und engagieren sich aus unterschiedlichen Motiven: „Alle diese Interessen bündeln sich in der Volksinitiative“, betont Fraktionschef Senftleben, einer der Erstunterzeichner der Volksinitiative. Denn nur so können wir die unsinnige Kreisreform noch stoppen. „Was LINKE und SPD mit der Kreisgebietsreform planen, ist selbstherrlich und heimatvergessen.“ ■

Gerechte Rente für alle Ostdeutschen

Bei der Rente ist die Deutsche Einheit mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung noch nicht vollzogen. In der großen Koalition im Bund hat man vereinbart, die Ostrente anzugleichen, doch die vorgelegten Pläne der zuständigen SPD-Bundesministerin Nahles fallen höchstens in die Kategorie „gut gemeint aber schlecht gemacht“.

Einbußen für ostdeutsche Arbeitnehmer

Für die Brandenburger Christdemokraten steht die Rente „wie kaum ein anderer Bereich zugleich für Erfolg und Herausforderung des Wiedervereinigungsprozesses“, betont Roswitha Schier, die Sozial- und Arbeitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion. Dass die Rentner in Brandenburg wenig Verständnis für die Ungleichbe-

gerechtigkeit, die endlich beendet werden müsse.

Die von Bundesministerin Nahles vorgelegten Pläne zur Rentenangleichung lehnt Schier jedoch entschieden ab. „Wir sind für die Rentenangleichung, aber nicht zu Lasten der ostdeutschen Arbeitnehmer, wie es die SPD plant. Da wird die CDU nicht mitmachen.“ Mit einem Durchschnitt von knapp 2.900 Euro sind die Löhne im Osten noch immer deutlich niedriger als im Westen. Die von Nahles geplanten Anpassungen beinhalten die Streichung des sogenannten „Höherwertungs-faktors“ für ostdeutsche Löhne. Bei der Rentenberechnung bedeutet das vor allem eines: Einbußen für viele Arbeitnehmer im Osten Deutschlands.

„Wir sind für die Rentenangleichung, aber nicht zu Lasten der ostdeutschen Arbeitnehmer.“

handlung zeigen, könne sie sehr gut nachvollziehen. Seit dem 1. Juli 2016 liegt der Rentenwert bei 30,45 Euro für Westdeutschland und 28,66 Euro für Ostdeutschland. Die Differenz sei in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken, erklärt die Landespolitikerin, die Rentenlücke bleibe aber eine Un-

**Perspektivisch denken**

„Es kann nicht sein, dass die Arbeit der Bürger im Osten abgewertet werden soll, wenn durch geringeren Lohn künftig geringere Rentenansprüche erworben werden.“ Denn mit dem Verzicht auf die Hochwertung der Arbeitsverdienste in den Neuen Ländern auf

das Westniveau würde den jetzigen ostdeutschen Beitragszahlern – und damit künftigen Rentnern – die Aussicht genommen, jemals Renten auf Westniveau ausgezahlt zu bekommen. „Das verstehen wir nicht unter verantwortungsvoller Rentenpolitik“, so Roswitha Schier. Man müsse alle ostdeutschen Rentner gerecht

Nein zur Kinderehe

Brandenburg soll das Verbot von Kinderehen unterstützen, das fordert die CDU-Fraktion im Landtag. Der Schutz Minderjähriger sei ein Kernbestandteil unserer Leitkultur, betont Fraktionschef Ingo Senftleben. „Kinderehen müssen ein Tabu bleiben! Sie gehören nicht in unseren Kulturkreis und passen

„Kinderehen müssen ein Tabu bleiben!“

nicht zu unserem Rechtsverständnis.“ Beim Kindeswohl dürfe es keine Kompromisse geben, „da muss der Rechtsstaat deutlich Flagge zeigen“. Neben eindeutigen Gesetzen auf Bundesebene müssen auch im Land Brandenburg Regelungen gefunden werden, wie mit den ankommenden Paaren umgegangen werden soll, die nach deutschem Rechtsverständnis unzulässig verheiratet sind. Zwar gibt es bislang nur wenige Fälle: Erste Erkenntnisse zeigen jedoch, dass nach der langen Flucht oft die Ehepartner die einzige Bezugsperson für die minderjährigen Mädchen sind. „Da braucht es Fingerspitzengefühl im Umgang mit den Mädchen und keine Brechstange, wenn man neues Leid vermeiden will“, so Ingo Senftleben. Trotzdem gilt: „Wer bei uns Schutz und Obdach sucht, muss sich nach unseren Regeln richten.“ ■



„Stillstand ist keine Option für uns.“

BRANDENBURG JOURNAL im Gespräch mit Ingo Senftleben über die Rolle der Opposition, seine Ablehnung der Kreisreform und Herausforderungen für Brandenburgs Zukunft.

Herr Senftleben, seit bald zwei Jahren sind Sie der Oppositionsführer im Landtag Brandenburg. Es heißt oft, Opposition sei Mist. Wie sehen Sie das? § Natürlich ist es immer besser, wenn man in der Politik gestalten kann. Gerade als Unionsfraktion haben wir auch diesen Anspruch an unser politisches Engagement. Ich finde aber nicht, dass Opposition grundsätzlich Mist ist. Ich halte es vielmehr für eine wichtige Aufgabe in einer Demokratie. Es muss einen wirkungsvollen Ausgleich zur Regierung geben. Mit unserem pragmatischen Kurs, zu unterstützen, was richtig ist, zu kritisieren, was falsch gemacht wird und selber vorzuschlagen was notwendig ist, geben wir der Opposition in Brandenburg eine neue Qualität.

Wo steht in Ihren Augen die Regierung Woidke heute? § Man kann beim Zustand dieser Koalition nur schwer von einer Regierung sprechen. Dietmar Woidke hat seit 2014 einen Staatssekretär wegen der Manipulation der Polizeistatistik verloren. Ein Minister ging, weil er nicht bereit war, die Dienstwagenrichtlinie zu akzeptieren. Eine Ministerin hat etwas besseres gefunden, als im Land Brandenburg Ministerin zu sein. Und vor wenigen Wochen war Woidke auch noch gezwungen sich von seinen engsten Mitstreitern in der Staatskanzlei zu trennen. Der Ministerpräsident hat in der Personalpolitik kein Glück und er hat inhaltlich erschreckend wenig zu bieten. Ob in der Polizeipolitik oder der Schulpolitik, ob bei Fragen der Integration oder der Digitalisierung: Die Regierung Woidke hinkt bei allen Themen hinterher. Am schwersten wiegt jedoch, dass Woidke keine Idee von Brandenburgs Zukunft hat, sein einziges Projekt ist die Kreisreform.

Die Sie bekanntlich ablehnen. Warum? Soll Brandenburg im Stillstand verharren? § Stillstand ist keine Option für uns. Wir wissen, dass wir in Brandenburg auch im kommunalen Bereich Reformbedarf haben. Aber das Leitbild der Regierung lehnen wir deutlich ab. Mit dem, was darin aufgeschrieben ist, sind die Zwangsfusionen nicht zu rechtfertigen. Die geplanten Monstertakte sind willkürlich festgelegt und helfen nicht, die Verwaltungen für die Zukunft fit zu machen. Die Reform soll 600 Millionen Euro verschlingen, ohne dass es dadurch auch nur einem Brandenburger besser gehen würde. Was mich persönlich ärgert, ist die Arroganz und Überheblichkeit, mit der SPD und Linke im Landtag, die deutliche Kritik von Verbänden, Vereinen und aller Landräte und Oberbürgermeister ignoriert haben.

Und deshalb unterstützen Sie jetzt den Weg der Volksgesetzgebung? Das ist ja nicht ganz üblich für eine CDU-Fraktion. § Als Opposition haben wir da wenig andere Möglichkeiten. Das Leitbild ist ja nicht als Gesetz beschlossen worden, das wir vor Gericht beklagen könnten. Deswegen haben wir in der

„Die Regierung Woidke hinkt bei allen Themen hinterher.“

Fraktion entschieden, dass wir der Volksinitiative zustimmen. Es ist auch nicht die erste Volksinitiative die wir unterstützen, aber vielleicht die wichtigste. Wir haben nach vielen Gesprächen im Land gemerkt, dass die Bürger diese Art der Re-

form gar nicht wollen. Deshalb ist es für uns ein Fingerzeig an die Regierung, wenn sich CDU, FDP und Freie Wähler mit vielen kommunalen Partnern zusammengeschlossen haben, um die Volksinitiative gegen die Kreisgebietsreform zu starten. Seit dem 1. November haben die Menschen in Brandenburg jetzt die Möglichkeit, ihre Meinung gegen die Reform kundzutun. Die Volksinitiative gibt ihnen eine Stimme.

Aus der Landesregierung hört man, dass die Reform die Brandenburger kaum betreffe, glauben Sie, dass eine Volksinitiative trotzdem erfolgreich sein kann? § Den Erfolg kann man erst im Ziel bewerten, aber ich bin da optimistisch. Die angestrebten Strukturen passen nicht zu unserer Heimat, unseren Aufgaben und unserer Identität. Die Kreisreform betrifft ganz konkret den Alltag der Brandenburger. Sie bedeutet für viele längere Wege zum Amt und zur Arbeit und sie führt dazu, dass die Brandenburger an Einfluss verlieren, Dinge vor Ort mitzugestalten. Hier geht es darum, ob man für seine Kinder eine Schule in der Nähe findet, ob vor Ort noch Busse fahren, wie lange man ins Krankenhaus braucht und ob es noch ein Theater gibt, das man besuchen kann – es geht um Fragen, die für alle Brandenburger wichtig sind. All das scheint Ministerpräsident Woidke aber nicht zu interessieren.

Im Landtag wird aktuell der Landeshaushalt für die Jahre 2017/2018 beraten. Sind Sie zufrieden mit dem Entwurf der Landesregierung? § Nein, definitiv nicht. Noch nie gab es in Brandenburg so hohe Steuereinnahmen wie heute, der Landesregierung fehlt es aber an Weitblick, Mut und Entschlossen-

heit, um bei diesen günstigen Voraussetzungen wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen.

Das bedeutet? § Wir müssen heute für morgen vorsorgen, also vor allem klug investieren. Wir müssen dafür sorgen, dass Brandenburger überall schnell online gehen können und dass in den Schulen altgediente Computer-Kabinette durch digitale Klassenzimmer ersetzt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen auf dem Land schneller mit Bus und

„Unsere Heimat braucht Tradition und Moderne.“

Bahn zur Arbeit pendeln können und dass durch mehr Polizei und Verfassungsschutz das Land sicherer wird. Stattdessen gibt es in Brandenburg Investitionsstau an allen Ecken. Dazu kommt, dass mal wieder kein Cent in den Schuldenabbau geht und die Einzahlung in den Pensionsfonds ausgesetzt wird. Insgesamt handelt Rot-Rot als ob es in Brandenburg kein morgen gäbe.

Was ist denn Ihre Vision von Brandenburg? § Unsere Heimat braucht Tradition und Moderne. Brandenburg kann auch mal Vorreiter sein, wenn wir uns die digitale Revolution zu Eigen machen. Dafür müssen wir aber den Breitbandausbau endlich mit allen Kräften angehen und auch für einen flächendeckenden Handyempfang sorgen. Ich möchte, dass Brandenburger eines Tages über eine A13 fahren, auf der es weniger Funklöcher als Ausfahrten gibt. Die technischen Ent-

wicklungen der heutigen Zeit dürfen uns nicht abschrecken. Wir müssen Sie nutzen, da Sie uns helfen, unser Land in allen Ecken lebenswert weiterzuentwickeln. Ich denke dabei auch gerade an die jungen Menschen, die wir im Land halten müssen, da sie die Zukunft Brandenburgs sind.

Das klingt nach einer Art Kampf-ansage an den demografischen Wandel. Wie wollen Sie diesem Trend begegnen? § Die Menschen ziehen derzeit weltweit in Ballungszentren und verlassen die ländlichen Regionen. Wir sollten diesen Trend nicht dramatisieren, müssen aber politisch reagieren. Eine funktionierende Infrastruktur muss auch für weniger Menschen bereitgehalten werden. Lebenswert bleiben die ländlichen Regionen, wenn es ausreichend Arbeit gibt, die Menschen Kitas, Schulen und Ärzte in ihrer Nähe haben und man auch auf dem Dorf mit dem Bus fahren kann. Niemand soll sich vergessen fühlen, dafür machen wir Politik.

Aber welche Möglichkeiten sehen Sie, speziell junge Menschen für ein Leben auf dem Land zu begeistern? § Als ehemaliger DDR-Bürger weiß ich wie es ist, nicht aus seinem Umfeld herauszukommen. Deshalb ist es toll, wenn junge Menschen heute die Chance haben, unsere Welt zu entdecken. Wir wollen niemanden an den Kuhstall ketten, um ihn auf dem Land zu behalten. Wir müssen aber dafür sorgen, dass junge Menschen die Vorzüge des Landlebens genießen können, ohne auf alles verzichten zu müssen, was einem in jungen Jahren wichtig ist. ■

Brandenburg, breaking bad

„Das hier, das muss kurz davor gewesen sein.“ Auf dem Handyfoto ist im Hintergrund das Meer zu sehen. Ein fröhlicher Junge grinst in die Kamera. „Unser letzter gemeinsamer Urlaub mit Sascha*.“ Die verzweifelte Mutter scrollt und sucht nach der nächsten Bilddatei. „Und so sieht Sascha heute aus. Er hat gesagt, ich soll ihn nicht mehr fotografieren, das ist das letzte Bild, das ich machen durfte.“ Aus dem Jungen mit dem runden Gesicht ist ein hagerer Mann geworden. Vier, fünf Falten haben sich tief eingegraben, unterbrochen von Pickeln, die nicht die Pubertät ankündigen, sondern Symptome einer völlig anderen körperlich-seelischen Entwicklung sind. Und dann diese Augen, die ins Nichts schauen und doch irgendetwas fest im Blick zu haben scheinen. Am Schlimmsten sind seine Zähne; vielmehr das, was vom Gebiss übriggeblieben ist. Ein Wrack im Körper eines Achtzehnjährigen.



Raik Nowka zeigt auf die Brandenburgkarte hinter seinem Schreibtisch. „Crystal Meth wurde zuerst nur im Süden konsumiert, dann kam Cottbus hinzu. Mittlerweile hat sich die Droge in Potsdam, Brandenburg/Havel, Frankfurt/Oder etabliert.“ Es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis Crystal Meth sich in die nördlicher gelegenen Regionen fresse. Der CDU-Landtagsabgeordnete ist gesundheitspolitischer Sprecher

seiner Fraktion. Der Spremberger hat viel gehört über die „Rattenlinien“ der Drogendealer, auf denen sie den Stoff aus Tschechien über Sachsen nach Brandenburg schaffen. Zu Konsumenten wie Sascha. Der verträumte Junge, der zu oft zu langsam war, lahmarschig nannte ihn sein Vater. Und plötzlich wurde aus Sascha der Coole, der nie genug bekommen konnte, der keine Partys auslassen wollte, der ständig nach Berlin fuhr.

Sein neues Leben, ein Dauerrausch auf Crystal. Wie hält er das bloß durch, fragten sich nicht nur Saschas Eltern. „Brandenburg, breaking bad“ rappt der Berliner „Grim104“ in seinem Song „Crystal Meth in Brandenburg“. Ist es wirklich so schlimm? „Ja“, meint der CDU-Parlamentarier, „die Droge wird immer beliebter und verbreitet sich rasant. Und sie macht extrem schnell abhängig.“ Sachsen und Bayern haben längst reagiert und Maßnahmenpakete gegen den zerstörerischen Vormarsch der Modedroge umgesetzt. Und Brandenburg? „Die rot-rote Landesregierung relativiert und beschwichtigt doch bloß“, und das Gesundheitsministerium verklausuliert sich mit Erklärungen und Hinweisen auf „Schwächen“ und „Defizite“. Dabei sei die konkrete Umsetzung der Drogen- und Suchtpolitik Ländersache. „Brandenburg ist gefordert, denn das Land ist für die Finanzierung zuständig und kann eigene Schwerpunkte im Kampf gegen Drogen setzen“. Raik Nowka zeigt Tabellen und Diagramme, „wir müssen endlich handeln.“ Die Zahlen der Ermittlungsbehörden zeigen nur einen

kleinen Ausschnitt. Die Dunkelziffer ist höher, viel höher. „Die Analysen müssen viel tiefer gehen, wir brauchen für Brandenburg aussagekräftigere Daten.“ Das sei Voraussetzung, damit Crystal-Meth-Abhängigen wie Sascha wirklich geholfen werden kann. Die Droge ist kein regionales Phänomen, die Zusammenarbeit und Abstimmung mit den anderen Bundesländern sollte eigentlich zur Selbstverständlichkeit werden. Nowka und seine CDU-Fraktionskollegen haben einen Forderungskatalog erstellt. Punkt 7 unter der sperrigen

„Die Landesregierung aus SPD und LINKE relativiert und beschwichtigt doch bloß.“

Überschrift „Patientenorientierte Rehabilitation zur Vermeidung von Rückfällen“ betrifft Sascha. Im Krankenhaus seiner Kreisstadt gäbe es „keine Kapazitäten mehr“, so die bedauernde Auskunft des Arztes. Sascha muss sich gedulden. Seine Mutter hat Angst, dass es für ihren Sohn irgendwann zu spät sein könnte. ■

*Anmerk. d. Red.: Name geändert

Sicherer und effektiver

Mit einer „Zentralen Rückführungseinrichtung“ will die Brandenburg CDU die Flüchtlingszahlen reduzieren und damit auch die Kommunen entlasten: Nur die tatsächlich schutzbedürftigen Asylsuchenden sollen bleiben. „Wir benötigen all unsere Kraft, diejenigen zu integrieren, die eine Bleibeperspektive bei uns haben“, betonen die Christdemokraten.

Im vergangenen Jahr wurden von der Bundesregierung die Balkan-Länder Albanien, Montenegro und Kosovo als sichere Herkunftsstaaten eingestuft, in diesem Jahr folgten Algerien, Marokko und Tunesien. Sichere Herkunftstaaten sind Länder, in denen vermutlich weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafungen oder Behandlungen stattfinden. Menschen aus diesen Ländern haben deshalb eine sehr geringe Chance, in Deutschland als Asylbewerber anerkannt zu werden. Dennoch kamen vor allem im letzten Jahr viele Menschen aus diesen Ländern nach Deutschland und Brandenburg. Asylsuchende wie sie, die keine Bleibeperspektive besitzen, sollen nach Meinung der CDU-Fraktion in einer Rückführungseinrichtung untergebracht und gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden.

5.570 Asylbewerber waren bis August 2016 in Brandenburg als ausreisepflichtig eingestuft worden, d. h. dass ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Doch bis Ende August wurden lediglich 316 Asylbewerber abgeschoben. Schon im vergangenen Jahr wurde deutlich, dass die Anzahl der Abschiebungen zwischen den Landkreisen in Brandenburg deutlich schwankt. Deshalb muss in Brandenburg eine zentrale Rückführungseinrichtung eingerichtet werden, wie es sie in anderen Bundesländern schon gibt. Eine Beendigung des Aufenthaltes in Deutschland und die Durchsetzung der Ausreisepflicht durch eine zentrale Einrichtung, also die Ausländerbehörde des Landes Brandenburg, würde die Rückführung von Ausreisepflichtigen beschleunigen. Der Vollzug der Abschiebung muss Landesaufgabe werden, um die Kommunen und Kreise zu entlasten. Nur so wird es gelingen, sich auf die Hilfe für diejenigen Flüchtlinge zu konzentrieren, die mit einer Bleibeperspektive zu uns kommen. ■

Unsere 3 wichtigsten Forderungen

Ausweitung der Präventionsarbeit

Patientenorientierte Rehabilitation

Verfügbarkeit von Crystal Meth durch polizeiliche Maßnahmen verhindern

Ausführliche Informationen enthält unser „Konzeptpapier zur Bekämpfung und Prävention von Handel und Konsum der synthetischen Droge Crystal Meth“, das Sie als PDF mit dem nebenstehenden QR-Code direkt auf Ihr Handy laden können.



7			2	1		2		
	2				9			1
	6	1						4
2		4			5	9		
	8		1			7		
1	9							8
			8			4		
3	3						8	
5				4				7



Gewinnen Sie einen umfangreichen Besuch im Landtag Brandenburg mit einer Begleitung Ihrer Wahl. Abgeordnete der CDU-Fraktion führen Sie durchs Parlament, ermöglichen Ihnen einen Blick hinter die Kulissen der Politik und stehen für persönliche Gespräche zur Verfügung.

12 + 3 =

So kann man mitmachen:
Lösen Sie das Sudoku und ergänzen Sie die Gleichung um das fehlende Wort. Einen Hinweis auf die Lösung finden Sie auch in dieser Zeitung. Die Lösung schicken Sie bitte unter dem Stichwort „Gewinnspiel“ per Post oder E-Mail (siehe Impressum) an die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg. Einsendeschluss ist der 31.12.2016 | Unter den richtigen Einsendungen werden per Losentscheid 10 Gewinner ermittelt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Mehr Internet, weniger Polylux

H Wenn es um bessere Bedingungen für Bildung geht, ist Eure Schule bekannt für ihren Kampfeswillen: Bist du auch Rebellin oder eher zufrieden?
D Insgesamt bin ich ganz zufrieden, unsere Lehrer geben sich große Mühe. Als Klassensprecherin muss ich jedoch sagen: Vieles könnte besser sein.

H Und was genau?
D Wir verstehen zum Beispiel nicht, warum man hier nicht zusätzliche Klassen einrichten kann, sodass keine Schüler mehr abgewiesen werden und bis nach Neuruppin oder Pritzwalk fahren müssen. Die sind jeden Tag ein paar Stunden mit dem Bus unterwegs – obwohl sie erst in die 7. Klasse gehen. Das ist einfach unfair!

H Ich kann mich erinnern, dass wir dafür gekämpft haben, hier eine weitere siebte Klasse zu eröffnen...
D ...aber es hat nichts gebracht! Es wurden willkürlich Schüler abgelehnt und wir haben jetzt zwei siebente Klassen mit je dreißig Schülern. Da hat der Lehrer überhaupt keine Zeit, sich um einzelne Schüler zu kümmern.

H Das sehe ich auch so – leider ist Eure Schule kein Einzelfall: Wir haben überall im Land Klassen mit dreißig Schülern. So ist kaum guter Unterricht möglich. Hinzu kommt noch der Unterrichtsausfall. Ist das auch bei Euch ein Problem?
D Schwierig wird es immer dann, wenn Lehrer langfristig ausfallen. Wir müssen doch trotzdem lernen: In der Prüfung fragt später keiner, ob der Lehrer da war oder nicht.



CDU-Bildungsexperte im Gespräch mit der Wittstocker Abiturientin Jil Dase.

H Funktioniert der Vertretungsunterricht?
D Bei den jüngeren Schülern wird schon darauf geachtet, dass ein Vertretungslehrer anwesend ist. Wir Größeren hingegen bekommen oft nur Aufgaben ausgeteilt, die wir dann lösen sollen.

H ...die sogenannte „Stillbeschäftigung“. Die Regierung sagt, das wäre gar nicht schlecht, „da würden die Schüler zur Selbstständigkeit erzogen“...
D In der Theorie mag das funktionieren. In der Praxis ist es eher so, dass einer das Arbeitsblatt ausfüllt und alle anderen abschrei-

ben. Das ist bequem, aber gelernt hat man trotzdem nichts. Das rächt sich dann in den Prüfungen und später im Studium.

H Wie ist der Fremdsprachenunterricht? Bist Du zufrieden?
D Es wäre schön, wenn wir insgesamt eine größere Auswahl hätten – nicht nur bei den Fremdsprachen. Früher hatten wir ein besseres Angebot hier, aber jetzt können zum Teil sogar Kurse in der Oberstufe nicht weitergeführt werden. Das ist natürlich ärgerlich.
H Nun, das liegt daran, dass die Landesregierung vor einigen Jahren

schon die Zuweisungen für Gymnasien gekürzt hat. Jetzt ist es schwierig, Profilbildung zu ermöglichen. Gibt es sonst noch etwas, das Du verbessern würdest?
D Ich finde, die Schule müsste mehr mit modernen Medien arbeiten. Es gibt Schulen, die nutzen Tablets, Laptops und Whiteboards. Da könnte bei uns mehr passieren. Das liegt aber auch daran, dass manche Lehrer damit nicht so vertraut sind. Ich finde im Jahr 2016 bräuchten wir mehr Internet und weniger Polylux in der Schule. Schließlich müssen wir im Beruf auch damit klar kommen. ■

Das Landlehrer-stipendium

Die gute Nachricht zuerst: Die Zahl der Erstklässler steigt wieder, endlich. Und nun die schlechte: Es fehlen die Lehrer. Gut eintausend Pädagogen werden zusätzlich gebraucht – und das jedes Jahr. Berlin sucht Lehrer, Sachsen wirbt und auch die anderen Bundesländer haben Anwerbekampagnen gestartet. Und Brandenburg? Die CDU setzt auf das Stipendium für Landlehrer: Wer sich als Student bereit erklärt, später als Landlehrer Brandenburger Schüler zu unterrichten, soll schon während des Studiums mit 300 Euro im Monat unterstützt werden.



Ingo Senftleben bei einer Kranzniederlegung zum Gedenken gefallener Bundeswehrsoldaten.

Unvergessen

Am 13. November 2016 war Volkstrauertag. An diesem stillen Feiertag gedenken wir aller Opfer von Gewalt und Krieg, von Terrorismus und politischer Verfolgung. Wir trauern um die Bundeswehrsoldaten und die anderen Einsatzkräfte, die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren haben. Über 65 Millionen Menschen sind zurzeit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und Unterdrückung – mehr als je zuvor. Die Bilder der Heimatlosen erinnern uns Deutsche an die Flüchtlingstrecks nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals wie heute haben viele Menschen den Wunsch nach Freiheit mit dem Leben bezahlen müssen: Auch ihrer Schicksale gedenken wir am Volkstrauertag.

Politik in Zahlen

In den sechs Legislaturperioden seit 1990 saßen insgesamt **71 Abgeordnete** für die CDU im Parlament. Dierk Homeyer ist der einzige, der 5 Wahlperioden für die CDU im Landtag sitzt.

Die CDU-Fraktion hat in dieser Legislaturperiode bisher **743 „Kleine Anfragen“** an die Landesregierung gestellt. Nur 134 kamen hingegen von der SPD.

Der Brandenburger Landtag hat in dieser Legislaturperiode bisher knapp **312 Stunden** getagt.

Die Ausschüsse des Landtages haben in dieser Legislaturperiode bisher **54.644 Minuten** getagt.

Die CDU-Fraktion hat in dieser Legislaturperiode bisher **126 Anträge** gestellt. SPD und Linke kommen zusammen lediglich auf 89.

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam
V.i.S.d.P.: Dr. Jan Redmann, Parlamentarischer Geschäftsführer
Redaktion: Martin Burmeister, Franziska Rode
dialog@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.cdu-fraktion-brandenburg.de

Diese Zeitung ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Landtagsfraktion. Ihre Verwendung zu Wahlwerbungszwecken ist nicht zulässig.

Was macht Ihr in Potsdam?



Die Abgeordneten der CDU-Fraktion sitzen natürlich nicht die ganze Woche in Potsdam in ihren Landtagbüros. **Wesentlicher Bestandteil der Abgeordnetentätigkeit ist es, für die Menschen im Wahlkreis da zu sein.** Viele Bürger kommen mit ihren Anliegen direkt in die Wahlkreisbüros oder wenden sich per Post oder über die sozialen Netzwerke an ihren Abgeordneten. Eine junge Mutter hatte sich beispielsweise bei Facebook an Jan Redmann gewandt, weil es in Wittstocks Supermärkten keine Babyschalen auf den Einkaufswagen gab. Jan Redmann hatte sich daraufhin an die Märkte gewandt und konnte dafür sorgen, dass das geändert wird.



Wenn die Abgeordneten der CDU-Fraktion dazu beitragen können, dass sich die Menschen in ihren Gemeinden und Landkreisen wohler fühlen und Missstände abgeschafft werden, dann tun sie das gern. Brandenburg ist ein Flächenland. **So wie tausende Brandenburger verbringen auch die Abgeordneten viel Zeit im Auto oder im Zug.** Der Weg zwischen den Terminen im Wahlkreis und in Potsdam wird dabei oft zum Arbeiten genutzt. Kristy Augustin fährt daher am liebsten mit dem Zug. Denn dort lassen sich Emails lesen und beantworten und Telefonate führen. Kristy Augustin nennt die Bahn sogar ihr „Drittbüro“.



Oft entstehen aus den Bürgergesprächen und Terminen im Wahlkreis parlamentarische Initiativen der CDU-Fraktion. Um diese zu besprechen und in den Landtag einzubringen, tagen immer dienstags die **Arbeitskreise der Fraktion**, die nach thematischen Schwerpunkten zusammengestellt sind. In der darauffolgenden **Fraktionssitzung** beraten alle Abgeordneten die Arbeitsergebnisse und einigen sich auf gemeinsame Anträge und Gesetzesinitiativen.

Die inhaltliche Arbeit des Parlaments findet in den **Ausschüssen** statt. Dort werden Anträge und Gesetzesentwürfe besprochen, um die Entscheidungen des Landtages, die in den Plenarsitzungen getroffen werden, vorzubereiten.



Neben den Fachausschüssen gibt es auch den Petitionsausschuss, der die Anregungen und Beschwerden behandelt, die von Bürgern direkt an den Landtag herangetragen werden. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist der CDU-Abgeordnete Henryk Wichmann, der sowohl mit dem Ausschuss als auch in seinem Wahlkreis viel unterwegs ist. Erst kürzlich hat sich Henryk Wichmann beim Milchbauern Bodin in Bergsdorf über die schwierige Situation angesichts der sehr niedrigen Milchpreise informiert. Seitdem steht für den Abgeordneten fest: Die Direktvermarktung muss gestärkt werden, damit Milchbauern nicht völlig abhängig von Molkeereien und Supermarktketten sind.



Viele Bürger nutzen auch die Gelegenheit, **ihren zuständigen Abgeordneten direkt im Landtag zu treffen.** Die Besuchergruppen können dann den Fraktionssitzungssaal der CDU sehen, die Büros der Abgeordneten und Mitarbeiter und natürlich auch den Plenarsaal, das Herzstück des Landtages.

So empfing der Abgeordnete Rainer Genilke ehemalige Straßenbauingenieure aus ganz Brandenburg im Landtag. Der Arbeitstag eines Abgeordneten endet meist erst recht spät. **Landtagssitzungen** gehen in der Regel bis 19:00 Uhr oder länger.



Auch außerhalb der Sitzungstage sind die Abgeordneten oft bis spät in den Abend unterwegs. Entweder erfüllen sie ihr **ehrenamtliches Mandat in Kreistagen oder Stadtverordnetenversammlungen** oder sie besuchen Veranstaltungen im ganzen Land. Auch dort bieten sich gute Möglichkeiten, mit Brandenburgern ins Gespräch zu kommen und zu erfahren, was gut läuft oder wo der Schuh drückt. Viele Abgeordnete sind auch Mitglieder in Vereinen und Verbänden, beispielsweise Barbara Richstein beim Weißen Ring. Der Verein engagiert sich für Opfer von Kriminalität und Gewalt. Natürlich ist sie da bei der Jahresmitgliederversammlung dabei, um den vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitgliedern des Vereins für die wichtige Arbeit zu danken.

Auf allen Kanälen

Einen umfassenden Eindruck von der Arbeit der CDU-Fraktion und ihrer Abgeordneten kann man sich in den sozialen Netzwerken machen. Auf Facebook berichten viele der Unionspolitiker über ihren politischen Alltag und gewähren einen besonderen Blick hinter die Kulissen. Die Fraktion positioniert sich auf ihrer Seite zu aktuellen Themen und weist auf Diskussionen und Berichterstattungen hin. Folgen Sie der Fraktion und den Abgeordneten auf Facebook, Twitter und YouTube, um Informationen schnell direkt und aus erster Hand zu erhalten.



facebook.com/cdufraktionbrandenburg



twitter.com/CDUFraktionBRB



youtube.com/user/CDUFraktionBB

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg

Dietmar Woidke hat heute klar gemacht, dass er die **#Altanschließer** nicht unterstützen wird. In seinen Augen tragen die Kommunen und die Verbände, die alleinige Verantwortung für die Situation. Dies ist schlichtweg ...

Mit dem **#DigitalPakt** will die Bundesregierung den digitalen Bildung vorantreiben. **Gordon Hoffman, MdL** sieht das Brandenburgische Schulen und fordert von der Landesregierung ...

„Woidke versucht sich aus der Altanschließer-Verantwortung zu stellen. Das Land darf die Kommunen aber nicht im Stich lassen.“
Ingo Senfleben | Fraktionsvorsitzender

„Das Computerkabinett der 90er-Jahre hat ausgedient. In einer digitalen Gesellschaft brauchen wir das vernetzte Klassenzimmer.“
Gordon Hoffman | Bildungspolitischer Sprecher

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg

Die **#PD** und **#LINKE** ist der Tag des Mauerbaus nur ein Gedenktag zweiter Ordnung. Kein Mitglied der Landesregierung hat in diesem Jahr an Gedenkveranstaltungen für die **#Opfer** von Schießanlage, Mienenfeld und ...

„Wenn es in Brandenburg erst einen offiziellen Gedenktag braucht, damit den Maueropfern angemessen gedacht wird, müssen wir diesen einführen.“
Jan Redmann | Parlamentarischer Geschäftsführer



Augustin, Kristy
Sprecherin für Familien, Frauen, Jugend & Menschen mit Behinderung
Voßberger Chaussee 3, 15324 Letschin
Tel. 0174 / 3103461
kristy.augustin@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.kristy-augustin.de
Wahlkreis: Märkisch-Oderland IV
Betreuungswahlkreise: Märkisch-Oderland I-III, Oder-Spree IV



Bommert, Frank
Sprecher für Mittelstand & Handwerk
Südcenter Aufgang A, Berliner Straße 119, 16515 Oranienburg
Tel. 03301 / 579760
frank.bommert@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.frank-bommert.de
Wahlkreis: Oberhavel I
Betreuungswahlkreise: Oberhavel II-III



Bretz, Steeven
Sprecher für Haushalt & Finanzen
Gregor-Mendel-Straße 3, 14469 Potsdam
Tel. 0331 / 20085713
steeven.bretz@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.steeven-bretz.de
Wahlkreis: Potsdam II
Betreuungswahlkreise: Potsdam I



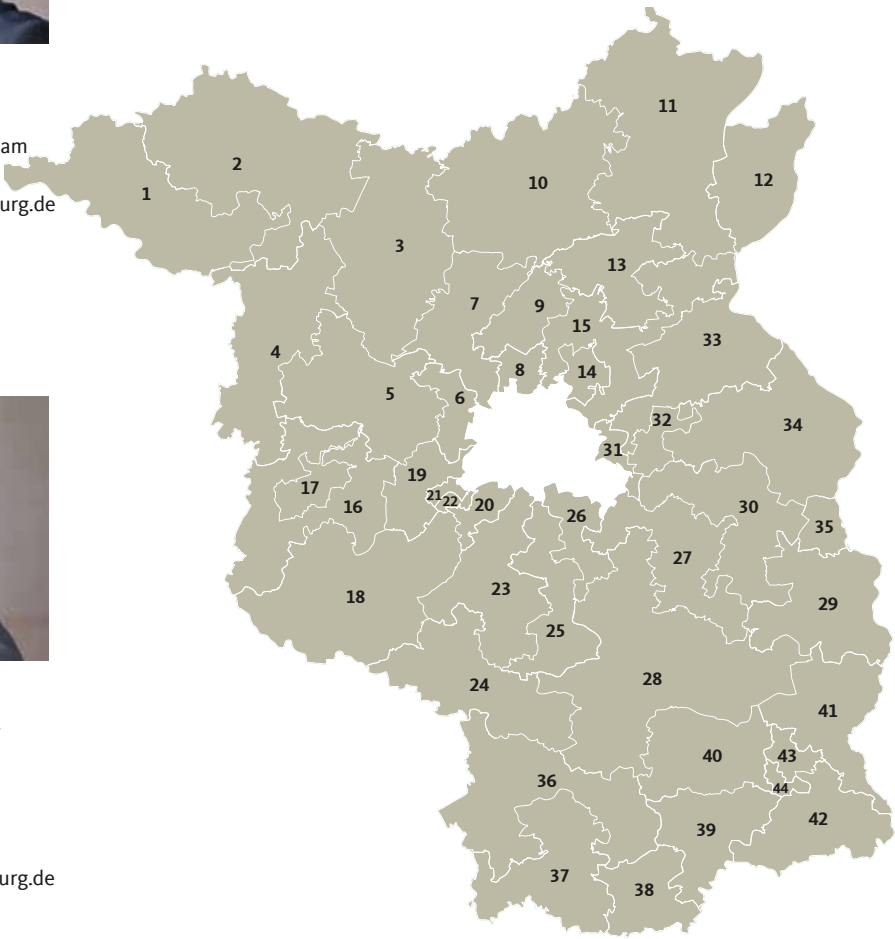
Dombrowski, Dieter
Vizepräsident des Landtages Brandenburg, Sprecher für Menschenrechte & Umwelt
Goethestraße 23, 14712 Rathenow
Tel. 03385 / 546315
dieter.dombrowski@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.dieter-dombrowski.de
Wahlkreis: Ostprignitz-Ruppin III, Havelland III
Betreuungswahlkreise: Havelland I, Brandenburg a.d. Havel II



Eichelbaum, Danny
Sprecher für Recht
Albert-Tanneur Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel. 03378 / 5480888
danny.eichelbaum@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.danny-eichelbaum.de
Wahlkreis: Teltow-Fläming I
Betreuungswahlkreis: Teltow-Fläming III



Genilke, Rainer
Sprecher für Infrastruktur & Verkehr
Berliner Str. 27, 03238 Finsterwalde
Tel. 03531 / 7170130
Mönchstraße 15, 04916 Herzberg
Tel. 03535 / 2480233
rainer.genilke@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.rainer-genilke.de
Wahlkreis: Elbe-Elster I



Gliese, Andreas
Sprecher für Landwirtschaft
Beeskower Straße 114, 15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 03364 / 4293993
andreas.gliese@cdu-fraktion.brandenburg.de
Wahlkreis: Oder-Spree II



Heinrich, Anja
Sprecherin für Kultur & Religionen
Lange Straße 5, 04910 Elsterwerda
Tel. 03533 / 487005
anjaheinrich.ee@t-online.de
www.anja-heinrich.eu
Wahlkreis: Elbe-Elster II



Hoffmann, Gordon
Sprecher für Bildung
Uferstraße 19, 19348 Perleberg
Tel. 03876 / 6186315
info@gordon-hoffmann.de
www.gordon-hoffmann.de
Wahlkreis: Prignitz I



Homeyer, Dierk
Sprecher für Wirtschaft, Energie & Tourismus
Karl-Marx-Str. 17, 15517 Fürstenwalde
Tel. 03361 / 6930800
dierk.homeyer@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.dierk-homeyer.de
Wahlkreis: Oder-Spree III
Betreuungswahlkreise: Dahme-Spreewald II / Oder-Spree I, Märkisch-Oderland I / Oder-Spree IV



Lakenmacher, Björn
Sprecher für Innenpolitik
Karl-Marx-Straße 123, 15745 Wildau
Tel. 03375 / 5206230
bjoern.lakenmacher@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.bjoernlakenmacher.de
Wahlkreis: Dahme-Spreewald I
Betreuungswahlkreise: Dahme-Spreewald II / Oder-Spree I, Dahme-Spreewald III



Liebehenschel, Uwe
Sprecher für Sport
Zur Heide 55, 16348 Wandlitz
Tel. 0171 / 4594942
uwe.liebehenschel@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.uwe-liebehenschel.de
Wahlkreis: Barnim III
Betreuungswahlkreise: Barnim I und II



Ludwig, Dr. Saskia
Sprecherin für Medien & Neue Medien
Hoher Weg 144, 14542 Werder (Havel)
Tel. 03327 / 573458
saskia.ludwig@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.saskia-ludwig.de
Wahlkreis: Potsdam-Mittelmark III
Betreuungswahlkreise: Brandenburg a.d. Havel I / Potsdam-Mittelmark I, Potsdam-Mittelmark IV



Nowka, Raik
Sprecher für Gesundheit
Friedrichstraße 40, 03130 Spremberg
Tel. 03563 / 6081830
raik.nowka@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.raiknowka.de
Wahlkreis: Spree-Neiße II
Betreuungswahlkreis: Spree-Neiße I



Petke, Sven
Sprecher für Kommunales
Haag 11, 14943 Luckenwalde
Tel. 03371 / 617151
info@sven-petke.de
www.sven-petke.de
Wahlkreis: Teltow-Fläming II



Redmann, Dr. Jan
Parlamentarischer Geschäftsführer, Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss
Auf der Freiheit 8, 16909 Wittstock
Tel. 03394 / 4035464
post@jan-redmann.de
www.jan-redmann.de
Wahlkreis: Prignitz II / Ostprignitz-Ruppin II
Betreuungswahlkreise: Ostprignitz-Ruppin I, Frankfurt (Oder)



Richstein, Barbara
Sprecherin für Europa, Migration & Integration
Bahnhofstraße 54, 14612 Falkensee
Tel. 03322 / 217276
wahlkreis@barbararichstein.de
www.barbararichstein.de
Wahlkreis: Havelland II
Betreuungswahlkreis: Havelland I



Schier, Roswitha
Sprecherin für Arbeitsmarkt, Soziales & Senioren
Friedrich-Engels-Str. 9a, 03222 Lübbenau
Tel. 03542 / 3852
roswitha.schier@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.cdu-luebbenau.de
Wahlkreis: Oberspreewald-Lausitz III / Spree-Neiße III
Betreuungswahlkreise: Oberspreewald-Lausitz II / Spree-Neiße IV



Schierack, Prof. Dr. Michael
Sprecher für Wissenschaft & Forschung
Am Turm 14, 03046 Cottbus
Tel. 0355 / 28916238
michael.schierack@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.michaelschierack.de
Wahlkreis: Cottbus I
Betreuungswahlkreis: Cottbus II



Senftleben, Ingo
Fraktionsvorsitzender
Kleinleipischer Str. 6, 01979 Lauchhammer
Tel. 03574 / 121224
ingo.senftleben@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.ingo-senftleben.de
Wahlkreis: Oberspreewald-Lausitz I



Wichmann, Henryk
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Demografie & Verbraucherschutz
Rudolf-Breitscheid-Straße 27, 16775 Gransee
Mühlenstraße 5, 16792 Zehdenick
Mühlenstraße 33, 17268 Templin
Tel. 03306 / 211644
henryk.wichmann@cdu-landtagsfraktion.brandenburg.de
www.henryk-wichmann.de
Wahlkreis: Uckermark III / Oberhavel IV
Betreuungswahlkreise: Uckermark I-II

Der digitale Weg in Brandenburgs Zukunft

Digitalisierung betrifft längst nicht nur Unternehmen aus der Wirtschaft. Digitalisierung wirkt sich schon bald auf sämtliche Lebensbereiche aus: Selbstfahrende LKWs auf der B101? Ferndiagnosen vom Facharzt aus Potsdam? Nachhilfeunterricht am Tablet zuhause? Nein, das ist kein Science Fiction – es sind nur drei Beispiele für die digitale Revolution, die unseren Alltag tiefgreifend verändern wird.

2007 kam das erste „iPhone“ auf den Markt – in nur wenigen Jahren haben Smartphones unser Kommunikationsverhalten komplett verändert. Wer hätte sich vorstellen können, dass wir im Durchschnitt 150 Mal am Tag auf ein Telefon schauen? Apps, Soziale Medien und die Informationsflut: Sie bestimmen zunehmend den Takt unseres Lebens. Und täglich steigt die Datenmenge, wächst die Zahl der Nutzer, nehmen die techni-

schen Möglichkeiten zu. Die Welt befindet sich mitten in einer digitalen Revolution.

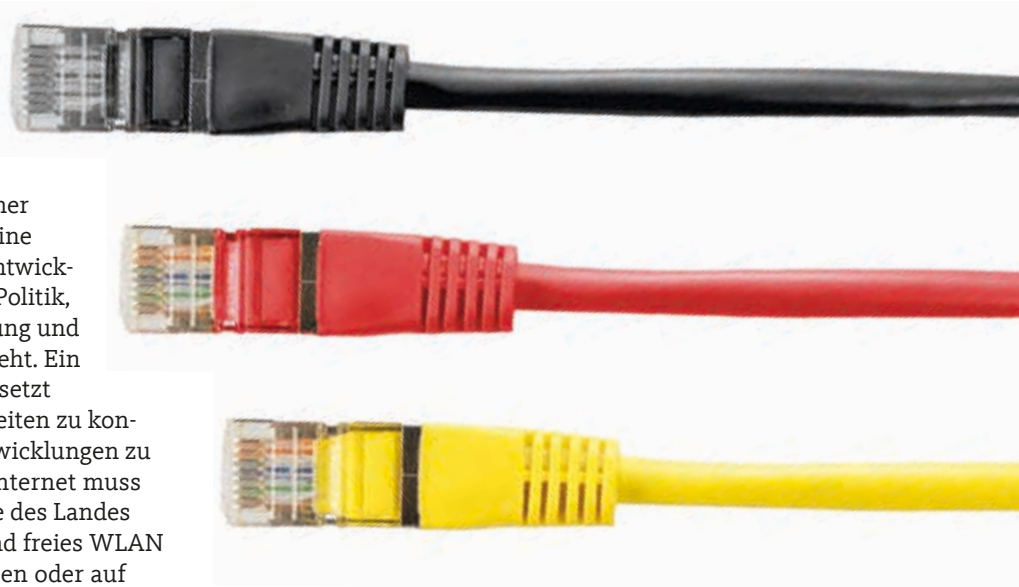
Auf in die Zukunft
„Wir sollten mutig sein und uns diese Revolution in Brandenburg zunutze machen“, findet Dierk Homeyer von der CDU-Fraktion. Man dürfe diese Entwicklung nicht abwarten und blind auf sich zukommen lassen, so der Wirtschaftsexperte. „Wir müssen unsere Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen nutzen.“ Die Digitalisierung ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die nahezu alle Lebensbereiche betrifft.

Der digitale Wandel bietet große Chancen, den Wohlstand und die Lebensqualität in Brandenburg weiter zu steigern. Gerade in den ländlichen Regionen können die neuen Technologien von heute und morgen helfen,

die Lebensqualität für Jung und Alt aufrecht zu erhalten – immer vorausgesetzt, Brandenburg kann digital Schritt halten. Und da sieht Homeyer die Landespolitik in der Pflicht: „Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Digitalisierung niemanden ausschließt, sondern alle erreicht.“ Die CDU-Landtagsfraktion hat daher die Grundlage für eine „Digitalstrategie“ entwickelt, die Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung und Verwaltung einbezieht. Ein Digitalrat soll eingesetzt werden, um Fähigkeiten zu konzentrieren und Entwicklungen zu lenken. Schnelles Internet muss endlich in jede Ecke des Landes gebracht werden und freies WLAN darf in Bussen, Zügen oder auf

dem Marktplatz keine Ausnahmen mehr sein. E-Learning hat im „Lebenslangen Lernen“ selbstverständlich zu sein. Die Digitalstrategie wird helfen, die Kräfte aller Beteiligten zu bündeln und Res-

ourcen effizienter einzusetzen – damit Brandenburg aus der Digitalisierung den größtmöglichen Nutzen ziehen kann. Das ist Brandenburgs Weg in die Zukunft. ■



Altanschießer: Landesregierung schafft neue Ungerechtigkeiten

Im Februar kippte das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die umstrittenen Beiträge für alte Abwasseranschlüsse aus der DDR-Zeit und den Neunzigerjahren. Das OVG war damit einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gefolgt. Etwa einhunderttausend Brandenburger wurden demnach zu Unrecht für die Anschlüsse ihrer Grundstücke an die Kanalisation abkassiert: Die Bescheide dafür kamen nämlich ein Jahrzehnt zu spät.

„Rot-Rot spaltet“
Monate sind vergangen, ohne dass die rot-rote Regierung in Potsdam auf die Urteile reagierte. Jetzt will die Landesregierung ein „Abwasser-Hilfspaket“ auflagen, um Kommunen und Abwasserverbänden bei der Rückzahlung der Kanalanschlussbeiträge zu unterstützen. Erst unter großem Druck von der oppositionellen CDU gab die Landesregierung das Geld frei. 200 Millionen Euro sollen in den nächsten beiden Jahren als zinslose Darlehen ausgereicht werden, 50 Millionen könnten die Kommunen als direkte Finanzspritze beantragen. Problem gelöst? Keineswegs, denn Brandenburg droht neuer Unfriede: Nach der Regierungsempfehlung werden alle, die brav die Bescheide zahlten, jedoch keinen Widerspruch eingelegt haben, ihr Geld nicht zurückbekommen. „Der Vorschlag von Rot-Rot spaltet die betroffenen Brandenburger“, meint der CDU-Landtagsabgeordnete Sven Petke. Wer im Vertrauen auf ein gesichertes Recht Beiträge gezahlt habe, sei der Dumme. „Das wird die CDU nicht akzeptieren.“ ■



© Alexander Diehrer / pixelio.de

Rettungseinsatz für Brandenburgs Feuerwehren

Wie viele Stunden wohl zusammen kommen? Nicht nur die Einsätze zusammengerechnet, sondern auch die Übungen, die notwendig sind, damit wirklich jeder Handgriff sitzt. Es sind wohl unzählige Stunden. Mehr als vierzigtausend Feuerwehrleute gibt es im Land Brandenburg. Der Großteil hilft ehrenamtlich anderen Menschen und riskiert dabei manchmal sogar das eigene Leben. Längst bekämpfen sie nicht mehr nur Brände. Auch bei Naturkatastrophen helfen die Kameraden der Feuerwehr, sie leisten Hilfe bei Verkehrsunfällen oder Eisenbahnunglücken. Aber in Brandenburg sinkt die Zahl der örtlichen Feuerwehreinheiten rasant, und das bei deutlich gestiegenen Einsatzzahlen.

Die Freiwillige Feuerwehr ist eine der ältesten Bürgerinitiativen überhaupt – dieses Ehrenamt muss unterstützt und gefördert werden. Verlässlicher Brand- und Katastrophenschutz sei nur mit einem Mindestmaß an engagierten, gut ausgebildeten Feuerwehrleuten möglich so der CDU-Abgeord-



nete und Landtagsvizepräsident Dieter Dombrowski, der selbst in der Freiwilligen Feuerwehr engagiert ist. Deshalb hat der Landtag auf Initiative der CDU-Fraktion Ende September beschlossen, ein Konzept zur flächendeckenden Sicherstellung des Brand- und Katastrophenschutzes aufzustellen. ■

Das Kreuz bleibt

Dieter Dombrowski und Rainer Genilke waren extra nach Rom gereist, um das Kreuz vom Papst segnen zu lassen. Der CDU im Potsdamer Landtag ist ihr Kreuz wichtig. In den vergangenen zwei Jahrzehnten gab es immer wieder Versuche, die Christdemokraten zur Abnahme ihres Kreuzes zu zwingen – wie zuletzt im Sommer diesen Jahres. Trotzdem bleibt es im Sitzungssaal der CDU an der Wand. Als Gast der Fraktion muss man akzeptieren, dass das „C“ bei den Christdemokraten nicht nur im Parteinamen steht.



© Foto: CDU-Fraktion

Vom Papst in Rom gesegnet: das Kreuz im Fraktionssaal der CDU.



Wussten Sie,

dass es in Brandenburg Elche gibt? Es gibt sogar einen „Elch-Management-Plan“ für Brandenburg! Allerdings können in den märkischen Wäldern nur Einzeltiere beobachtet werden, die vorübergehend aus Polen einwandern. Dort gibt es schätzungsweise 16.000 Elche. Und dennoch wurde eigens ein „Elch-Management-Plan“ aufgestellt, um über die Lebensweise des Tieres in Brandenburg aufzuklären.